

Aschot Manutscharjan **Georgien:**
**Der erzwungene
Rücktritt von
Präsident Eduard
Schewardnadse**

**Ein Hintergrundbericht über eine lange
politische Krise**

Insgesamt dreizehnmal sprach Aschot Manutscharjan im Auftrag der *Rheinischen Post*, der *Berliner Morgenpost* und des Nachrichtenmagazins *Focus* mit dem georgischen Präsidenten Eduard Schewardnadse. Hinzu kommen zahlreiche Interviews sowie Hintergrundgespräche mit Regierungsmitgliedern und den Vorsitzenden der georgischen Oppositionsparteien. Diese vielfältigen Informationen aus erster Hand bilden die Grundlage für den nachfolgend abgedruckten Artikel.

In der Nacht vom 5. auf den 6. November 1995 saß Eduard Schewardnadse in seinem Arbeitszimmer im alten Parlamentsgebäude am Rustaweli-Prospekt in Tiflis. Gerade hatten die Wahllokale geschlossen und ganz Georgien wartete auf die ersten Ergebnisse der Parlaments- und Präsidentschaftswahl. Ihr Ausgang würde über das weitere Schicksal des Landes entscheiden. Schewardnadse sah müde aus. Beim Autor entschuldigte er sich, weil der Interviewtermin hatte verschoben werden müssen: „Ich will morgen unbedingt zu seinem Begräbnis fliegen. Deshalb bleibt uns nur diese Nacht.“ Die Rede war vom israelischen Ministerpräsidenten Izhak Rabin, der einen Tag zuvor einem Attentat zum Opfer gefallen war. „Rabin war ein sehr mutiger Mensch. Seine Rolle in der Geschichte Israels wird nie vergessen,“ sagte Schewardnadse damals. Dann drehte sich das Gespräch um die Bedeutung des Präsidenten für das Schicksal eines Volkes. Am Ende des Interviews zeigte sich Schewardnadse zuversichtlich, dass die Bürger Georgiens seine eigene „Rolle in unserer Geschichte am Ende richtig einschätzen“ werden. Acht Jahre später sah er sich zum Rücktritt gezwungen.

„Ich gehe nach Hause“, sagte der georgische Präsident Eduard Schewardnadse am 23. November 2003 kurz nach seinem Rücktritt in die Kameras. Zwölf Jahre nach der Unabhängigkeit der Kaukasusrepublik begann ein neues Kapitel in der Geschichte des Landes. Einer der populärsten Politiker der Gegenwart, früher sowjetischer Außenminister, trat von der

politischen Bühne ab. Zusammen mit Ex-Präsident Michail Gorbatschow hatte Schewardnadse aktiv dazu beigetragen, dass die Deutsche Einheit Wirklichkeit werden konnte. Jetzt scheiterte der Politiker an seinem eigenen Volk, das den frechen Wahlbetrug der Regierenden nicht mehr schlucken wollte.

Hierzulande wusste der alte Präsident ein anderes Bild von sich und seiner Politik zu zeichnen: „Ich bin unendlich dankbar dafür, dass die Deutschen meine Rolle bei der Wiedervereinigung nicht vergessen haben und mir dabei helfen, meine Heimat aufzubauen,“ sagte Schewardnadse vor drei Jahren. Dessen ungeachtet hat er sich seinen überstürzten Abgang selbst zuzuschreiben: In Deutschland beliebt und hoch geachtet, im eigenen Land jedoch seit langem umstritten. So hatte der Staatschef Kabinette ernannt, die sich nur in ihrer Korruptierbarkeit übertrafen. Vom weltweit gerühmten Retter der Nation wandelte er sich für die Georgier bald zum Paten für ein durch und durch korruptes System. Mit dem Rücktritt des Präsidenten endet nun eine politische Dauerkrise, die Georgien seit über zwei Jahren politisch lähmt.

Manch einer erklärt sich die zwiespältige Rolle des Präsidenten mit seinem Werdegang während des Sowjetsystems: Damals arbeitete er sich vom Parteifunktionär aus der Provinz zum Innenminister und dann zum Ersten Sekretär der Kommunistischen Partei der Georgischen Sozialistischen Sowjetrepublik hoch. Vor allem in seiner Zeit als Innenminister machte er sich einen Namen als unbestechlicher und harter Kämpfer gegen die Korruption. Dieser Ruf eilte ihm voraus, als er in der Endphase des Sowjetreichs zum Politbüromitglied der KPdSU avancierte. Michail Gorbatschow ernannte den smarten Georgier zum Außenminister. Als sich jedoch die konservativen Kräfte in Gorbatschows Regierung anschickten, die Macht zurückzuerobern, trat Schewardnadse zurück. Zunächst wartete er die weitere Entwicklung in Moskau ab, so dass er nur aus der Ferne die Unabhängigkeitserklärung Georgiens im Zuge des Zerfalls der UdSSR verfolgen konnte.

Nach dem Sturz des ersten frei gewählten georgischen Präsidenten Swiad Gamsachurdia, der Anfang Januar 1992 aus Tiflis fliehen musste, wurde Schewardnadse von einem sogenannten Triumvirat, bestehend aus Dschaba Ioseliani, Tengis Sigua und Tengis

■ Zusammen mit Ex-Präsident Michail Gorbatschow hatte Schewardnadse aktiv dazu beigetragen, dass die Deutsche Einheit Wirklichkeit werden konnte. Jetzt scheiterte der Politiker an seinem eigenen Volk, das den frechen Wahlbetrug der Regierenden nicht mehr schlucken wollte.

Kitowani, gebeten, in seine Heimat zurückzukehren. „Ich wusste, dass ich nicht legitimiert war, das Amt des Staatschefs zu übernehmen. Aber ich war mir sicher, dass nur ich Georgien aus Chaos und Krise herausholen und zur Demokratie würde führen können,“ urteilte Schewardnadse rückblickend. Im Februar setzte er seine Entscheidung in die Tat um und flog nach Tiflis. Dort wurde er im November 1992 unter nicht näher geklärten Umständen zum Parlamentspräsidenten und zum „Staatsoberhaupt“ ausgerufen.

■ **Durch seine politische Arbeit, vor allem aber durch sein internationales Prestige konnte sich Georgien bald aus seiner internationalen Isolierung befreien: Der Name Schewardnadse wog im Westen schwer, so dass Kredite sprudelten.**

Durch seine politische Arbeit, vor allem aber durch sein internationales Prestige konnte sich Georgien bald aus seiner internationalen Isolierung befreien: Der Name Schewardnadse wog im Westen schwer, so dass Kredite sprudelten. Noch mehr Sympathien flogen dem georgischen Politiker zu, nachdem er zwei Attentate überlebt hatte. Sie festigten seinen Ruf als mutiger Staatsmann. Die Anschläge waren Ausdruck einer weiter schwelenden innenpolitischen Krise: So musste Schewardnadse den Krieg gegen die nach Unabhängigkeit strebende autonome Provinz Abchasien verloren geben.

Diese Gelegenheit versuchte der aus seinem Exil in Tschetschenien zurückgekehrte Präsident Gamsachurdia zu nutzen und seinen Nachfolger zu stürzen. Um sich an der Macht zu halten, war Schewardnadse bereit, Militärhilfe aus Russland zu akzeptieren. Mit Hilfe russischer Sondereinheiten konnte er schließlich den Kampf mit Gamsachurdia für sich entscheiden. Anschließend erklärte er im Februar 1994 sich sogar damit einverstanden, Russland drei Militärbasen in Georgien zur Verfügung zu stellen. Auch einen zweiten Wunsch erfüllte er dem Kreml: Die Kaukasusrepublik trat der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten als Vollmitglied bei. Diese Zugeständnisse hielten den früheren sowjetischen Chef-Diplomaten allerdings nicht davon ab, sich außenpolitisch stärker dem Westen anzunähern. 1999 sprach er erstmals offen davon, Georgien möge noch zu seinen Lebzeiten Mitglied der NATO und der Europäischen Union werden.

Auch innenpolitisch legte die Kaukasusrepublik während der neunziger Jahre einen langen Weg zurück: Im August 1995 verabschiedete das georgische Parlament eine Verfassung. Danach wurde in Geor-

gien ein Präsidialsystem eingeführt. Gerade in der nicht unblutigen Gründungsphase der Kaukasusrepubliken Armenien, Aserbaidschan und Georgien hatte sich dieses Regierungssystem als besonders stabil erwiesen.

De facto wurden die Volksvertretungen in allen drei Ländern den Präsidialämtern unterstellt. Vor allem in Georgien und in Armenien resultierten daraus jedoch im Lauf der Zeit zahlreiche politische Krisen. In Aserbaidschan wandelte sich das präsidiale System in eine Quasi-Monarchie: So folgte am 15. Oktober 2003 Heidar Alijews Sohn seinem Vater im Präsidentenamt. Ein Versuch der aserbaidischen Opposition, gegen die Wahlfälschungen zu protestieren, wurde von der Polizei durch den Einsatz von Schusswaffen erstickt. Auch in Armenien zwangen im Februar 2003 nur die massiven Proteste der Opposition den amtierenden Präsidenten Robert Kotscharjan dazu, das Wahlergebnis der Präsidentschaftswahl „zu korrigieren“. Er wurde daraufhin nicht im ersten Wahlgang gewählt, sondern musste sich in einer Stichwahl gegen seinen Mitbewerber durchsetzen.

Neben den alltäglichen Wahlfälschungen ist den drei Kaukasusrepubliken gemeinsam, dass den Präsidenten nahestehende Kreise ein dichtes Korruptionsgeflecht errichteten, gegen das kein anderes Verfassungsorgan einzuschreiten wagt. Dies hatte zur Folge, dass kleine und mittelständische Betriebe aus der Volkswirtschaft verdrängt wurden zugunsten von Unternehmungen, die von Regierungsmitgliedern geführt werden. Ihr Vorteil: Sie müssen weder Zölle noch Steuern zahlen. Dass Polizei und Geheimdienste von diesem System profitieren, darf als sicher gelten. Ihre Aufgabe besteht vor allem darin, die herrschende Klasse durch Unterdrückung der politischen Opposition weiter an der Macht zu halten. Schmiergelder können so ungehindert weiterfließen.

„Nie wieder Schewardnadse! Es reicht.“ Geradezu aufgeladen war die Stimmung in Georgien schon vor der Präsidentschaftswahl am 9. April 2000. Die Rentner fristeten mit Bezügen von zwölf Lari, umgerechnet etwas mehr als fünf Euro, ein kümmerliches Dasein. Sie interessierte nicht, dass es sie ohne Schewardnadse noch schlimmer treffen könnte. Auch dass der Präsident bislang Kredite und Entwicklungshilfe in Höhe von mehreren Milliarden Dollar

■ **„Nie wieder Schewardnadse! Es reicht.“ Geradezu aufgeladen war die Stimmung in Georgien schon vor der Präsidentschaftswahl am 9. April 2000. Die Rentner fristeten mit Bezügen von zwölf Lari, umgerechnet etwas mehr als fünf Euro, ein kümmerliches Dasein. Sie interessierte nicht, dass es sie ohne Schewardnadse noch schlimmer treffen könnte.**

■ **Die schlechte politische Stimmung beeindruckte den Präsidenten nicht wirklich, schließlich hatte er alle Trümpfe für seine Wiederwahl in der Hand: Hierzu gehörten der Amtsbonus und sein unangefochtenes Ansehen auf internationalem Parkett, das er selbstbewusst in seinem Wahlkampf nutzte.**

nach Georgien geholt und sein Land damit stabilisiert hatte, wollte die verarmte Bevölkerung nicht mehr wissen.

Diese schlechte politische Stimmung beeindruckte den Präsidenten jedoch nicht wirklich, schließlich hatte er alle Trümpfe für seine Wiederwahl in der Hand: Hierzu gehörten der Amtsbonus und sein unangefochtenes Ansehen auf internationalem Parkett, das er selbstbewusst in seinem Wahlkampf nutzte. So erwiesen sich die Präsidenten der Ukraine, Aserbaidschans und Armeniens als willige Helfer. Zuletzt bot er mit Bundeskanzler Gerhard Schröder und dem CIA-Chef George Tenet Schwergewichte aus dem Westen auf. Natürlich berichteten die georgischen Medien ausführlich über diese Staatsbesuche.

Dennoch konnte der Glanz der internationalen Politprominenz die Armut in Tiflis nicht übertünchen. An jeder Straßenecke ist sie zu sehen: Selbst auf der Prachtstraße der georgischen Hauptstadt, dem Rustawelli-Prospekt, hocken Bettler und bitten um eine milde Gabe. Von der nicht gerade als zimperlich bekannten Polizei werden sie geduldet. Denn es ist nicht zu verheimlichen, dass es den Georgiern schlecht geht: Renten, Löhne und Gehälter werden oft monatelang nicht ausgezahlt. Es herrschen Willkür und Korruption. „Ich weiß von diesen Zuständen, und ich will dagegen vorgehen,“ sagte Präsident Schewardnadse dem Autor im April 2000. „Wir bauen einen unabhängigen Staat auf, das ist kein leichtes Unterfangen. Aber Georgien wird es schaffen. Wir brauchen nur noch einige Jahre Geduld.“

Erwartungsgemäß konnte Eduard Schewardnadse den Urnengang gegen einen schwachen Gegner, den früheren georgischen KP-Chef Dschumber Patiaschwili, für sich entscheiden. Aber auch, weil seine Partei, die Bürgerunion Georgiens, ihn massiv unterstützte. In dieser Partei hatten sich sowohl Vertreter der früheren kommunistischen Nomenklatura, also Schewardnades Weggefährten, als auch viele „Jüngere“, zusammengeschlossen. Vor allem der politische Nachwuchs hatte den Präsidenten nach seiner Rückkehr in die georgische Heimat im März 1992 unterstützt. Er repräsentierte den demokratischen Flügel der Bürgerunion. Bereits damals zeigte Schewardnadse jedoch einseitige Vorlieben: Nachdem er am 5. November 1995 bei den zeitgleich stattfindenden

Präsidenten- und Parlamentswahlen zum ersten Mal demokratisch zum Staatsoberhaupt gewählt worden war, ernannte er vor allem Vertreter der Ex-Nomenklatura zu Ministern. Obwohl die Demokraten in der Fraktion der Bürgerunion und damit auch im Parlament die Mehrheit stellten, akzeptierten sie Schewardnadses Mannschaft. Immerhin konnten sie durchsetzen, dass ihr Anführer, Surab Schwania, zum Parlamentspräsidenten gewählt wurde. Laut Artikel 76 der georgischen Verfassung handelt es sich dabei um das zweithöchste Amt im Staat.

Tatsache bleibt, dass sich der Einfluss der Demokraten in den folgenden Jahren in engen Grenzen hielt. Immer wieder berief der Präsident neue Regierungsmitglieder aus der Schar korrupter ex-sowjetischer Parteifunktionäre. Zwar protestierte die Parlamentsfraktion seiner Partei immer wieder gegen diese Entscheidungen, verhindern konnte sie sie nicht. Ein ernster Konflikt in der Bürgerunion zwischen Demokraten und Schewardnadse bzw. den Vertretern der alten Nomenklatura war damit programmiert. Bis es so weit war, teilten die Regierungsmitglieder das Staatseigentum untereinander auf und zahlten dafür lächerlich geringe Entschädigungssummen in die Staatskasse. Allmählich bildeten sich mafiaähnliche Strukturen heraus, in denen Schewardnadses engste Umgebung den Ton angab. Bei der Parlamentswahl im Jahr 1999, aber auch bei den Kommunalwahlen zeigte sich, dass die Bürgerunion als korrupte Regierungspartei jegliches Ansehen bei den Menschen verspielt hatte. Als Schewardnadse nach der gewonnenen Präsidentenwahl 2000 wiederum korrupte Regierungsmitglieder ernannte, kam es in Georgien zu schweren innenpolitischen Unruhen.

■ **Im Oktober 2001 erreicht die politische Krise einen ersten Höhepunkt**

Durch seine flammenden Reden war ein junger Abgeordneter der Bürgerunion, Michail Saakaschwili, dem Präsidenten aufgefallen. Prompt berief er ihn zum Justizminister. Damit wird ein weiteres Merkmal von Schewardnadses Regierungsstil offenbar: Er versuchte stets, wichtige Persönlichkeiten aus der Front der Gegner herauszulösen, um sie sich in einem zweiten Schritt zu verpflichten. Allerdings funktio-

■ **Bei der Parlamentswahl im Jahr 1999, aber auch bei den Kommunalwahlen zeigte sich, dass die Bürgerunion als korrupte Regierungspartei jegliches Ansehen bei den Menschen verspielt hatte. Als Schewardnadse nach der gewonnenen Präsidentenwahl 2000 wiederum korrupte Regierungsmitglieder ernannte, kam es in Georgien zu schweren innenpolitischen Unruhen.**

■ **Parlamentspräsident Surab Schwania bat Schewardnadse in einem offenen Brief im August 2001, Maßnahmen gegen die Regierungskorruption zu ergreifen. „Die Lehrer verdienen 15 Euro im Monat, während die Minister sich im Zentrum von Tiflis Paläste errichten,“ kritisierte Schwania. „Das überschreitet alle Grenzen zum Zynismus.“**

nierte diese Taktik nicht immer. Saakaschwili, der in den USA Rechtswissenschaften studiert hatte, setzte als Minister alles daran, die Korruption in seiner Heimat zu bekämpfen. Allerdings ohne Erfolg, so dass er sein Amt niederlegte. Auch Parlamentspräsident Surab Schwania bat Schewardnadse in einem offenen Brief im August 2001, Maßnahmen gegen die Regierungskorruption zu ergreifen. „Die Lehrer verdienen 15 Euro im Monat, während die Minister sich im Zentrum von Tiflis Paläste errichten,“ kritisierte Schwania. „Das überschreitet alle Grenzen zum Zynismus.“ Diesen Brief nahm der Staatschef zum Anlass, den Vorsitz der Bürgerunion niederzulegen und Schwania öffentlich den Kampf anzusagen.

Anfang Oktober verschärfte sich die Lage weiter, als Michail Saakaschwili dem Präsidenten vorwarf, er persönlich decke die korrupten Mitglieder seiner Regierung, so vor allem Innenminister Kacha Torgamadse und Geheimdienstchef Wachtang Kutateladse. Gleichzeitig forderte er Schewardnadse auf, die beiden Männer zu entlassen. Anknüpfen konnte Saakaschwili dabei an Aussagen des Staatsoberhauptes, wonach die um sich greifende Korruption die junge Demokratie in Georgien bedrohe. Mehr als Sprüche hatte Schewardnadse aber nicht zu bieten, d.h. die beiden Minister blieben im Amt.

Einen Monat später kam es schließlich zu einem Aufstand in Tiflis, als der regierungskritische private Fernsehsender *Rustawi-2* geschlossen werden sollte. In einem dramatischen Appell wandten sich die Fernsehmacher mit der Bitte um Unterstützung an das Volk. Immer wieder hatte dieser unabhängige Sender über die Korruption in den Reihen der georgischen Regierung berichtet und dabei konkret Innenminister Torgamadse beschuldigt.

Besonders beunruhigt hatte Torgamadse eine Reportage, die über enge Kontakte zwischen dem Innenministerium und dem Geheimdienst auf der einen und dem tschetschenischen Feldkommandeur Gelajew auf der anderen Seite informiert hatte. Dabei kam heraus, dass das Innenministerium Gelajew Busse zur Verfügung gestellt hatte, damit er mit seinen 100 Kämpfern aus dem georgischen Pankisi-Tal in das an Abchasien grenzende Kodori-Tal reisen konnte. Dort griff diese schwer bewaffnete Einheit abchasische Truppen an. Auch ein Hubschrauber der

UNO-Beobachter-Mission in Georgien (UNOMIG) wurde von dieser Bande am 8. Oktober abgeschossen. Dabei starben neun UN-Mitarbeiter, darunter ein Oberstabsarzt der Bundeswehr.

Letztlich bleibt offen, ob diese Reportage oder die regelmäßigen Korruptionsvorwürfe der Auslöser dafür waren, dass eine schwarz maskierte Sondereinheit des Innenministeriums *Rustawi-2* stürmte. Parlamentspräsident Schwania nahm die Herausforderung an und kritisierte die Polizeirazzia als einen „offenen Angriff auf die Meinungsfreiheit“. Zugleich appellierte *Rustawi-2* an die Bevölkerung, gegen die Schließung des Senders zu protestieren. Dem Aufruf folgten 5000 Demonstranten unter Führung Saakaschwilis, die auf dem Platz der Freiheit vor dem Parlamentsgebäude lautstark den Rücktritt Schewardnadse forderten. Um seinen eigenen Kopf aus der Schlinge zu ziehen, lenkte der Präsident schließlich ein und entließ Geheimdienstchef Wachtang Kutateladse. Noch am Abend zuvor hatte Schewardnadse damit gedroht, er selbst werde zurücktreten, falls das Parlament den Innenminister und den Obersten Staatsanwalt zur Amtsaufgabe zwingen sollte. Der verzweifelte Schewardnadse flog sogar nach Batumi zu seinem Erzrivalen Aslan Abaschidse, den Alleinherrscher über die Autonome Republik Adscharien. Ausgerechnet dort erhoffte er sich Unterstützung.

Zugleich nutzte Schewardnadse die Gunst der Stunde für einen Coup in eigener Sache: Er stellte ein Junktim her zwischen der Entlassung der Regierung und dem Rücktritt von Parlamentspräsident Schwania. Um einen Bürgerkrieg zu vermeiden, beugte sich Schwania am 1. November 2001 dieser Erpressung. Er forderte die Demonstranten auf, nach Hause zu gehen: „Sie wissen doch, dass die Minister bereit sind, bis zum Äußersten zu gehen.“

Die Lage in Tiflis blieb gespannt: Die Einwohner der Hauptstadt hatten die zentralen Durchgangsstraßen gesperrt. Auch die demokratisch gesinnten Abgeordneten der Parlamentsfraktion Bürgerunion waren nicht untätig: Gemeinsam mit fraktionslosen unabhängigen Abgeordneten bereiteten sie für den Dezember 2001 ein Verfassungsreferendum vor. Die Wähler sollten darüber abstimmen, ob Georgien künftig eine parlamentarische oder eine präsidentiale

■ **Wie Beobachter nicht anders erwartet hatten, strafte die Wähler die Bürgerunion bei den Kommunalwahlen im Jahr 2002 gnadenlos ab. Die Oppositionsparteien konnten zum Teil erdrutschartige Siege davontragen.**

Demokratie sein sollte. Das Referendum fand jedoch nicht statt, da die Anhänger Schewardnadses in der Bürgerunion dazu ihre Hand nicht reichen wollten. Entschieden wurde die politische Krise erst am 11. November 2001: An diesem Tag wählten die zersplitterten Flügel der Bürgerunion die erst 37-jährige Kompromisskandidatin Nino Burdschanadse zur neuen Parlamentspräsidentin. Die promovierte Juristin war bis 2000 Generalsekretärin der Bürgerunion gewesen.

Wie Beobachter nicht anders erwartet hatten, strafte die Wähler die Bürgerunion bei den Kommunalwahlen im Jahr 2002 gnadenlos ab. Die Oppositionsparteien konnten zum Teil erdrutschartige Siege davontragen. Der Stern Michail Saakaschwili begann aufzugehen: Rechtzeitig vor den Kommunalwahlen hatte er die Partei Nationale Bewegung gegründet und mit dem Slogan „Schewardnadse, geh weg!“ den Urnengang in der Hauptstadt Tiflis für sich entscheiden können. Sein Wahlsieg machte ihn zum neuen Vorsitzenden des Stadtrates.

Daneben kämpfte die von Surab Schwania gegründete Partei Vereinigte Demokraten (VD) gegen das Regime Schewardnadses. Im Wirtschaftsteil ihres Wahlprogramms sagten sie der Vetternwirtschaft den Kampf an. Bestimmungen, die Regierungsmitgliedern ein Monopol auf bestimmte Geschäfte zusicherten und die geeignet waren, die Konkurrenz zu behindern, sollten aufgehoben werden. „Um ungehindert an der Macht bleiben zu können, hat Schewardnadse seinen Ministern erlaubt, das Land auszuplündern“, sagte dazu VD-Generalsekretär Georgi Gabaschwili. „Seiner engsten Umgebung gehört die ganze georgische Schattenwirtschaft.“ Die Vereinigten Demokraten setzen sich für die Soziale Marktwirtschaft und für Meinungsfreiheit ein. Gabaschwili dazu: „Die nahezu totale Kontrolle der Regierung über die Medien muss beseitigt werden.“

Ebenso wie die Nationale Bewegung streben die Vereinigten Demokraten die weitere Integration Georgiens in die Strukturen der westlichen Staatengemeinschaft an. Konkret soll Georgien Mitglied in der Europäischen Union und in der NATO werden. In ihren außenpolitischen Grundentscheidungen ist sich die Opposition also mit Präsident Schewardnadse einig. Eine Politik im Übrigen, die schon dem erfah-

renen Außenpolitiker Schewardnadse einen Dauerkonflikt mit Moskau bescherte.

■ „Russland destabilisiert Georgien mit voller Absicht seit zehn Jahren“

Einem kaukasischen Sprichwort zufolge ist ein guter Nachbar mehr wert als ein Verwandter. Für die Nachbarstaaten Georgien und Russland gilt diese Weisheit allerdings nicht. Erst Anfang August 2002 bezeichnete Präsident Schewardnadse die Bombardierung georgischer Grenzgebiete durch die russische Luftwaffe unverhohlen als „Kriegserklärung“. Nicht zum ersten Mal verfolgten russische Soldaten eine tschetschenische Terrorereinheit, die sich in das georgische Pankisi-Tal absetzen wollten, um dort unterzutau-chen.

Dieses Sonderproblem ist aber nur ein Glied in einer ganzen Kette von Konflikten, die in den letzten zehn Jahren die bilateralen Beziehungen zwischen Georgien und Russland schwer belastet haben. „Wir haben mehr Schwierigkeiten mit Russland als uns lieb ist“, versicherte die georgische Parlamentspräsidentin Nino Burdschanadse dem Autor Ende August 2002. „Alles begann in der Zeit des Zerfalls der Sowjetunion, als Moskau die Konflikte in Abchasien und Südossetien initiierte.“ Weitere Streitpunkte seien „die außenpolitische Orientierung Georgiens nach Westen und unser Wunsch, die in Georgien verbliebenen russischen Militärbasen zu schließen“.

Kurz zuvor war der russische Präsident Wladimir Putin vielen georgischen Politikern noch in einem helleren Licht erschienen. Die Rede war gar von einem „guten Zaren“. Auch die Parlamentspräsidentin betonte, Präsident Putin sei „der einzige russische Politiker, der bedingungslos die territoriale Integrität Georgiens anerkennt“. Wer sei denn dann dafür verantwortlich, dass es regelmäßig zwischen beiden Staaten zu Krisen komme und Tiflis von einem „Kriegszustand“ spreche? Nino Burdschanadses Erklärung lautete, dass „gewisse Militärkreise in Moskau gegenüber Georgien eine andere Politik als Putin“ verfolgten: Während der Präsident mutig eine „positive, zivilisierte Politik“ betreibe, agierten die Militärs „aggressiver“. So wussten Regierungskreise in Tiflis zu berichten, dass Präsident Schewardnadse bei den Ver-

■ Einem kaukasischen Sprichwort zufolge ist ein guter Nachbar mehr wert als ein Verwandter. Für die Nachbarstaaten Georgien und Russland gilt diese Weisheit allerdings nicht.

tragsverhandlungen über eine neue „strategische Partnerschaft“ in Moskau dazu aufgefordert worden sei, auf eine NATO-Mitgliedschaft Georgiens zu verzichten. Außerdem müssten sich die Georgier verpflichten, „keine ausländischen Militärbasen auf ihrem Territorium zu genehmigen“. Dass diese Pläne in der Kaukasusrepublik auf keine Gegenliebe stießen, überrascht kaum. Stattdessen intensivierten die Georgier ihre Militärkooperation mit der NATO und insbesondere mit den USA.

Umgekehrt sind die 500 seit Februar 2002 in Georgien stationierten US-Soldaten dem russischen Verteidigungsministerium ein Dorn im Auge. Sie sollen nach einem Wunsch Schewardnadses die georgischen Truppen im Anti-Terror-Kampf schulen. Dagegen sind die Minderheiten in der Kaukasusrepublik, Abchasen und Osseten, davon überzeugt, dass Tiflis mit amerikanischer Militärhilfe die seit 1991 abtrünnigen Provinzen wieder in den georgischen Staatsverband integrieren will. Immerhin hat bislang kein Staat die Unabhängigkeitserklärung Abchasiens anerkannt.

■ **Die ungeklärte Abchasien-Frage bleibt der schärfste Konfliktherd mit Moskau. An der georgisch-abchasischen Grenze sind auf Grund einer Resolution des UNO-Sicherheitsrats seit 1994 russische „friedensstiftende Kräfte“ stationiert, die den Waffenstillstand garantieren sollen.**

Überhaupt bleibt die ungeklärte Abchasien-Frage der schärfste Konfliktherd mit Moskau. An der georgisch-abchasischen Grenze sind auf Grund einer Resolution des UNO-Sicherheitsrats seit 1994 russische „friedensstiftende Kräfte“ stationiert, die den Waffenstillstand garantieren sollen. Beobachter der Vereinten Nationen (UN Observer Mission in Georgien, UNOMIG), darunter auch Angehörige der Bundeswehr, erfüllen einen gefährlichen Überwachungsauftrag. Parlamentspräsidentin Burdschanadse erklärte dazu: „Während Präsident Schewardnadse regelmäßig das Mandat der russischen Truppen in Abchasien verlängert, setze ich mich für eine Modifizierung des Mandates ein. Ich bin für die Stationierung internationaler Truppen, zum Beispiel aus Aserbaidschan und der Ukraine.“ Ob an allen Problemen Georgiens immer Russland Schuld sei? „Nein, bestimmt nicht. Wir haben selbst schwere Fehler gemacht“, betonte die Politikerin und verwies auf die Entsendung georgischer Streitkräfte 1993 nach Abchasien. „Damals sind wir auf die von Russland vorbereitete Provokation hereingefallen.“

Auf Grund der permanenten Wirtschaftskrise, die mit heftigen innenpolitischen Eruptionen einherging,

war im Spätherbst 2002 die Stimmung in der Kaukasusrepublik zum Zerreißen gespannt. Hinzu kam der Krieg zwischen Russland und Tschetschenien, in den Georgien hineingezogen zu werden drohte. „Ich bin kategorisch gegen eine militärische Lösung dieses Konfliktes,“ unterstrich Nino Burdschanadse. Allerdings könne Georgien nie den Verlust Abchasiens und Südossetiens hinnehmen. Deshalb wollte die Parlamentspräsidentin die Anwendung von Gewalt in diesen Fällen nicht ausschließen: „Wenn wir stärker geworden sind, werden wir diese Probleme auch auf militärischem Weg lösen. Niemand hat das Recht, Georgien dafür zu verurteilen. Solange wir jedoch noch die kleinste Chance sehen, den Konflikt friedlich zu lösen, werden wir das tun.“ Sollten sich die Beziehungen zu Russland weiter verschlechtern, werde Georgien zudem die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) verlassen und dabei laut „die Tür zuschlagen“.

Nachdem Moskau Georgien Anfang September 2002 erneut mit einem „präventiven“ Militäreinsatz gedroht hatte, um so tschetschenischen Kämpfern den Fluchtweg in die Kaukasusrepublik zu versperren, schrieb Präsident Schewardnadse am 13. September seinem Kollegen Putin einen persönlichen Brief. Ziel des Georgiers war es, die aktuelle Krise um das Pankisi-Tal möglichst bilateral und mit friedlichen Mitteln zu entschärfen. In dem langen Schreiben, das dem Autor vorliegt, appellierte der Georgier an die Verantwortung der beiden Präsidenten für das Wohlergehen ihrer Völker: „Wir sind verpflichtet, einen Ausweg zu finden.“ Schewardnadse weiter: „Ich bin gezwungen, mich bei Ihnen in dieser Angelegenheit jetzt schon zum dritten Mal zu melden. Ich mache kein Geheimnis daraus, dass ich es mit großem Bedauern tue. Gezwungen werde ich dazu durch die Äußerungen, die am 11. September dieses Jahres an die Adresse der georgischen Führung gerichtet wurden ebenso wie durch Ihr Schreiben an den UNO-Generalsekretär.“

Darin hatte der russische Präsident die Politik Georgiens scharf kritisiert. Konkret unterstellte Wladimir Putin der georgischen Regierung, sie unterstütze gezielt die tschetschenischen Terroristen, die aus dem Pankisi-Tal russische Gebiete angriffen. Russland werde sich gegen diese „Aggression“ zu schützen

■ **Nachdem Moskau Georgien Anfang September 2002 erneut mit einem „präventiven“ Militäreinsatz gedroht hatte, um so tschetschenischen Kämpfern den Fluchtweg in die Kaukasusrepublik zu versperren, schrieb Präsident Schewardnadse am 13. September seinem Kollegen Putin einen persönlichen Brief. Ziel des Georgiers war es, die aktuelle Krise um das Pankisi-Tal möglichst bilateral und mit friedlichen Mitteln zu entschärfen.**

wissen und notfalls das Pankisi-Tal in Georgien besetzen. Denn dort befindet sich eine Hochburg der tschetschenischen Terroristen. Um ihre Position auch rechtlich abzusichern, zitierte die russische Führung Artikel 51 der UN-Charta. Danach haben Staaten das Recht, sich gegen Aggressoren zu verteidigen.

Wie zu erwarten war, stritt der georgische Präsident die Ausführungen des Kreml-Chefs entschieden ab: „Die Russische Föderation wurde nicht von Georgien überfallen. Vielmehr handelt es sich bei diesen Übergriffen um bewaffnete Kräfte, Bürger der Russischen Föderation, die erst aus Russland nach Georgien eingedrungen und dann zurückgekehrt sind.“ Insofern hätten russische Bürger Georgien angegriffen und nicht umgekehrt, versicherte Schewardnadse. Zudem wies das georgische Staatsoberhaupt darauf hin, dass den bewaffneten Tschetschenen der „Übergang über die russische Grenze erlaubt“ worden sei.

Damit wies der Georgier auf korrupte Vertreter der russischen Armee hin, die die Bewegungsfreiheit der Tschetschenen gegen Bares gerne gewährleisten. Eine Tatsache, die auch in Moskau schon seit langem bekannt ist. Deshalb forderte Schewardnadse die russische Regierung auf, ihre Grenzen selbst besser zu kontrollieren und zu schützen. „Was hindert Russland daran, auf seinem eigenen Territorium für Ordnung zu sorgen, die *bojewiki* [Kämpfer, AM] festzunehmen und zu entwaffnen? Warum werden die Bewaffneten nicht daran gehindert, über die georgische Grenze zu gehen?“, fragte Schewardnadse seinen russischen Kollegen. Weiter übte er scharfe Kritik an der Führung des Moskauer Verteidigungsministeriums und an den russischen Politikern, die das Thema Pankisi-Tal instrumentalisierten, um „auf Georgien Druck auszuüben und seinem internationalen Ansehen zu schaden“. Offensichtlich könne die Führung Russlands Tiflis nicht verzeihen, „dass Georgien ihr die Durchführung militärischer Operationen auf georgischem Territorium verweigert hat“, schrieb der ehemalige sowjetische Außenminister dem neuen Kreml-Herrscher ins Stammbuch.

Schewardnadse zeigte sich davon überzeugt, dass „gerade diese Weigerung Georgiens einen Krieg verhindert“ habe, der sich am Ende auf den gesamten Kaukasus erstreckt hätte. „Sagen wir es offen, be-

■ **„Was hindert Russland daran, auf seinem eigenen Territorium für Ordnung zu sorgen, die *bojewiki* [Kämpfer, AM] festzunehmen und zu entwaffnen? Warum werden die Bewaffneten nicht daran gehindert, über die georgische Grenze zu gehen?“, fragte Schewardnadse seinen russischen Kollegen.**

stimmte Kreise in Russland haben alles unternommen und sind immer noch damit beschäftigt, Georgien in diesen blutigen Konflikt hineinzuziehen.“ Die Folge wäre jedoch eine „ewige Feindschaft“ zwischen den Nachbarn Tschetschenien und Georgien. Diese Entwicklung werde Georgien nicht tatenlos hinnehmen, hatte Schewardnadse Putin bereits zuvor in mehreren Gesprächen erklärt.

Scharf kritisierte Schewardnadse die russische Politik gegenüber Tschetschenien und stellte klar, dass die *bojewiki*, die heute von Russland bekämpft würden, vor zehn Jahren nach Abchasien geschickt worden seien, um die dortige Unabhängigkeitsbewegung gegen Georgien zu unterstützen. „Jeder Protest der georgischen Regierung wurde mit dem zynischen Argument beantwortet: Die russische Führung sei nicht dafür verantwortlich, dass ‚Freischärler‘ aus Russland nach Georgien eindringen würden. Georgien müsse selbst die Sicherheit seiner Grenzen garantieren.“

Bemerkenswert ist, dass Schewardnadse in seinem Brief die Militärpräsenz der USA in Georgien nicht erwähnte. Sie ist, wie gesagt, Moskau ein Dorn im Auge. Im Rahmen der Antiterror-Operationen nach dem 11. September hatte das Pentagon auf ausdrücklichen Wunsch Georgiens US-Soldaten in die Kaukasusrepublik verlegt. Vor Ort bilden die über 500 GI die georgische Armee aus. Dabei waren sich die amerikanischen Elitesoldaten nicht zu fein, den von den Russen erst ein paar Monate zuvor verlassenen Militärstützpunkt Wasiani zu beziehen.

Schewardnadse hoffte inständig, dass Wladimir Putin „als ein Mensch, der den demokratischen Entwicklungskurs seines eigenen Landes treu“ verfolge, „unbedachte und ungerechte Schritte gegen Georgien nicht zulassen“ werde. Immerhin seien „beide Präsidenten verpflichtet, ein Beispiel für freundschaftliche und korrekte Beziehungen zu geben“. Auch US-Präsident George W. Bush hat seinen russischen Kollegen Wladimir Putin zur Zurückhaltung aufgefordert. Politische Spekulationen, wonach Washington bereit gewesen sei, im Pankisi-Tal ein Auge zuzudrücken, falls Moskau sich im UN-Sicherheitsrat bei einem Feldzug gegen den Irak zumindest der Stimme enthalten würde, haben die Georgier unter Bezugnahme auf Washingtoner Kreise jedoch stets dementiert.

■ **Scharf kritisierte Schewardnadse die russische Politik gegenüber Tschetschenien und stellte klar, dass die *bojewiki*, die heute von Russland bekämpft würden, vor zehn Jahren nach Abchasien geschickt worden seien, um die dortige Unabhängigkeitsbewegung gegen Georgien zu unterstützen.**

■ Die Parlamentswahl vom 2. November 2003

■ **Insgesamt 21 Parteien und Wahlbündnisse hatten sich am 2. November um die 235 Parlamentssitze beworben. Davon entfielen 150 Mandate auf die Parteien, die die Sieben-Prozent-Sperrklausel überwinden konnten. Außerdem wurden 85 Sitze an direkt gewählte Abgeordnete vergeben.**

Insgesamt 21 Parteien und Wahlbündnisse hatten sich am 2. November um die 235 Parlamentssitze beworben. Davon entfielen 150 Mandate auf die Parteien, die die Sieben-Prozent-Sperrklausel überwinden konnten. Außerdem wurden 85 Sitze an direkt gewählte Abgeordnete vergeben.

Bereits während des Wahlkampfes mussten die Oppositionsparteien gravierende Behinderungen hinnehmen. So entdeckten ihre Wahlhelfer Tausende „toter Seelen“ in den Wählerlisten. In der Autonomen Republik Adscharien trieb Präsident Aslan Abaschidse die Manipulationen auf die Spitze: Die Behörden genehmigten nur Wahlkampfveranstaltungen von Abaschidses Union für die Wiedergeburt. Allen anderen Parteien wurde das Recht auf Wahlkampfwerbung verwehrt. Die Vertreter der Parteien, die es dennoch versuchten, holten sich in Batumi eine blutige Nase: Am 23. Oktober führte eine Kundgebung mit den Kandidaten der Oppositionspartei Nationale Bewegung zu handgreiflichen Auseinandersetzungen mit den örtlichen Sicherheitskräften. Diese prügeln die Wahlkampfhelfer der Nationalen Bewegung krankenhaushausreif und zerstörten ihr Parteibüro. „Wir lassen niemanden unser Haus beschmutzen“, ließen die Herrschenden in Batumi dazu erklären.

Verkehrte Welt. „Ich habe noch nicht erlebt, dass eine Wahl so perfekt, also ohne Verstöße, durchgeführt worden ist,“ schwärmte Chad Nigl, ein Vertreter der British-Helsinki Organization über den Ablauf der Wahl in der Provinz Adscharien. Dem pflichtete sein Kollege Mark Almond im unabhängigen Fernsehsender *Rustawi-2* bei, indem er die „beispielhafte Organisation“ der Wahl lobte. Dagegen zeigten sich die offiziellen Wahlbeobachter der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) „schockiert“ und „enttäuscht“: „Das georgische Volk hat bessere Wahlen verdient als diese“, lautete auch das Urteil der eigens angereisten Abgeordneten des Europarates.

Vor diesem Hintergrund war niemand überrascht, dass die Union für die Wiedergeburt in Adscharien 95 Prozent der abgegebenen Stimmen erzielte. Damit hätte sie im georgischen Parlament mit knapp 20 Prozent die zweitgrößte Fraktion gestellt.

Den Sieg trug die Regierungspartei Für ein neues Georgien davon, die laut einer vorläufigen Erklärung der Zentralen Wahlkommission 20,4 Prozent der Stimmen auf sich vereinigte. 18,7 Prozent erhielt die Oppositionspartei Nationale Bewegung unter Führung des früheren Justizministers Michail Saakaschwili, die Laboristen gewannen 12,2 Prozent und das Wahlbündnis Burdschanadse-Demokraten musste sich mit 8,1 Prozent zufrieden geben.

Scheinbar unberührt zeigte sich Eduard Schewardnadse zufrieden mit der „demokratischen Atmosphäre“ während des Wahlkampfes und am Wahltag selbst. Dennoch musste das offizielle Tiflis eine Woche nach dem Urnengang „begrenzte Wahlfälschungen“ eingestehen. Dies führte dazu, dass die Wahl in 27 von 2870 Stimmbezirken wiederholt werden sollte. Die Opposition forderte jedoch Neuwahlen und stieß damit beim Präsidenten auf taube Ohren. Denn Schewardnadse, der als Präsident die Regierungsmitglieder einsetzt, verfügte mit der von ihm unterstützten Partei Für ein neues Georgien und der adscharischen Union für die Wiedergeburt über eine Parlamentsmehrheit.

Dieses Regierungsbündnis wollte die demokratische Opposition, darunter die Vereinigten Demokraten mit Surab Schwania an der Spitze, verhindern. Denn sie befürchteten, dass diese neue-alte korrupte Regierung Georgien nicht nur weiter ausbeuten, sondern auch die nächste Präsidentschaftswahl im Jahre 2005 kontrollieren und manipulieren würde. Erschwerend kam hinzu, dass für die demokratische Opposition auch das Amt des Parlamentspräsidenten verloren schien: Laut georgischer Verfassung vom August 1995 ist, wie erwähnt, das Amt des Parlamentspräsidenten nach dem des Staatspräsidenten das zweithöchste Amt im Staat. Von daher wuchs dem Ausgang dieser Parlamentswahl durchaus eine schicksalhafte Bedeutung für die weitere Entwicklung Georgiens zu.

Da die Georgier seit Jahren von Schewardnadse bitter enttäuscht sind, hatte es Michail Saakaschwili leicht, seine Anhänger zu mobilisieren. Mit Wahlkampfparolen wie „Schewardnadse muss weg“ und dem Versprechen, dem Volk „das von Schewardnadses Clan gestohlene Eigentum zurückzugeben“, gewann er schnell Zustimmung. Gegen Regierungskor-

■ Da die Georgier seit Jahren von Schewardnadse bitter enttäuscht sind, hatte es Michail Saakaschwili leicht, seine Anhänger zu mobilisieren. Mit Wahlkampfparolen wie „Schewardnadse muss weg“ und dem Versprechen, dem Volk „das von Schewardnadses Clan gestohlene Eigentum zurückzugeben“, gewann er schnell Zustimmung.

ruption und für demokratische Verhältnisse trat auch der Wahlblock Burdschanadse-Demokraten ein, der vor der Wahl zu den Favoriten gerechnet wurde. Die noch amtierende Parlamentspräsidentin Nino Burdschanadse und der Vorsitzende der Vereinigten Demokraten, Surab Schwania, waren Schewardnadses Regierung schon lange verhasst. Denn vor allem Schwania, der bis November 2001 selbst Parlamentspräsident war, hatte seinen früheren Mentor immer schärfer kritisiert.

„Unsere Wege haben sich getrennt, als mir klar wurde, dass der Präsident nicht in der Lage ist, Antworten auf die Herausforderungen zu finden, vor denen unser Land und unsere Gesellschaft stehen“, sagte Schwania. Schewardnadses „Unentschlossenheit und seine Untätigkeit im Kampf gegen die Korruption, sein ständiges Lavieren zwischen den Clans und den Reformkräften, überhaupt sein Widerstand gegen Reformen in allen Bereichen und auf allen Ebenen, haben Georgien in eine sehr schwierige Lage gebracht“.

■ **Tatsächlich durchläuft Georgien seit nunmehr zwei Jahren eine tiefe politische Krise, die durch die Parlamentswahl hätte beenden werden sollen. Stattdessen führten die massiven Wahlfälschungen dazu, dass die explosive Stimmung fortbestand. Da die nächsten Präsidentschaftswahlen erst im Jahr 2005 stattfinden sollten, kühlte diese Aussicht die erhitzten Gemüter nicht ab.**

Tatsächlich durchläuft Georgien seit nunmehr zwei Jahren eine tiefe politische Krise, die durch die Parlamentswahl hätte beenden werden sollen. Stattdessen führten die massiven Wahlfälschungen dazu, dass die explosive Stimmung fortbestand. Da die nächsten Präsidentschaftswahlen erst im Jahr 2005 stattfinden sollten, kühlte diese Aussicht die erhitzten Gemüter nicht ab. Da Schewardnadse zudem bereits seit zwei Perioden amtierte, konnte er ohnehin nicht ein drittes Mal antreten, es sei denn, seine Parlamentsmehrheit hätte die Verfassung manipuliert. In einem solchen Fall wäre es wahrscheinlich zum Bürgerkrieg gekommen. Allerdings hatte Schewardnadse wohl das Schicksal seines Amtsvorgängers, Swiad Gamsachurdia, als warnendes Beispiel vor Augen. Der erste frei gewählte georgische Präsident war wegen seiner diktatorischen Methoden aus dem Land vertrieben worden.

Der Präsident wartete jedoch nicht ab, wie sich die Lage entwickeln würde, sondern suchte hinter den Kulissen nach Verbündeten: Zuerst reiste der Staatschef nach Adscharien zu Aslan Abaschidse und beriet mit ihm das weitere Vorgehen. Als Ergebnis des Besuchs organisierten Abaschidse und die Parteigänger Schewardnadses in Tiflis eine Kundgebung für den

Präsidenten. Außerdem nahm die Partei Für ein neues Georgien im Verborgenen Kontakte mit möglichen Koalitionspartnern auf, während sich der Präsident mit der Opposition traf, um sie von ihrer Forderung nach Neuwahlen abzubringen.

Alles half nichts: Auch drei Wochen nach der Parlamentswahl kam Georgien nicht zur Ruhe. Demonstrationen zogen sich durch die Hauptstadt Tiflis. Selbst mit Hungerstreiks machten die Protestierenden auf die Fälschung der Wahlergebnisse aufmerksam. Dabei wurde die Zeit knapp: Nach Artikel 51 der georgischen Verfassung muss das neugewählte Parlament „binnen 20 Tagen nach der Wahl“ zusammentreten. Dabei bestimmt der Präsident den ersten Tag des Zusammentritts. Lange gab Schewardnadse nicht bekannt, wann dieser Tag X sein sollte.

■ **Alles unter Kontrolle:
Außenminister Menagarischwili
versucht, den Wahlbetrug
ins rechte Licht zu rücken**

Mitte November hielt sich der georgische Außenminister Irakli Menagarischwili auf Einladung der Bundesregierung zu einem Arbeitsbesuch in Berlin auf. Präsident Schewardnadse genehmigte die Reise seines Ministers nach Deutschland, um seinem wichtigsten Partner in Europa zu versichern, dass seine Politik nach wie vor „prowestlich“ und „demokratisch“ bleibe. In einem Gespräch mit dem Autor verheimlichte Menagarischwili jedoch nicht, dass die Lage nach wie vor „sehr angespannt“ sei. Im Zentrum von Tiflis fanden unentwegt Demonstrationen statt, organisiert von den beiden Oppositionsparteien, der Nationalen Bewegung und den Vereinigten Demokraten. Beide Parteien hätten den Wahlausgang nicht akzeptiert. Allerdings gebe es, so Menagarischwili, „auch Gespräche zwischen Regierung und Opposition“.

Der Minister schloss jedoch nicht aus, dass die „Vorkommnisse in seiner Heimat“ – von Wahlbetrug mochte er nicht sprechen – die Beziehungen seines Landes zur internationalen Staatengemeinschaft belasten könnten. „Die kritischen Erklärungen der Wahlbeobachter des Europarates und der OSZE werden selbstverständlich in anderen Staaten Beachtung finden. Aber wir hoffen, dass Georgien diese kritische

■ **Mitte November hielt sich der georgische Außenminister Irakli Menagarischwili auf Einladung der Bundesregierung zu einem Arbeitsbesuch in Berlin auf. Präsident Schewardnadse genehmigte die Reise seines Ministers nach Deutschland, um seinem wichtigsten Partner in Europa zu versichern, dass seine Politik nach wie vor „prowestlich“ und „demokratisch“ bleibe.**

Periode überwinden wird“, betonte Menagarischwili. Ganz Diplomat, bestätigte der Außenminister nur, dass es „Unregelmäßigkeiten“ gegeben habe. Unabhängig von der Intervention der Wahlbeobachter seien die Ergebnisse deshalb in einigen Wahlkreisen annulliert worden, so dass dort neu gewählt werden müsse. In anderen Fällen seien die Gerichte eingeschaltet worden.

Zugleich versicherte der Außenamtschef immer wieder, dass die Parlamentswahl „auf keinen Fall“ den Demokratisierungsprozess in Georgien beschädige. „Die Vorkommnisse werfen sicherlich ein negatives Licht auf unser Land, aber es handelt sich nur um eine kurzfristige Niederlage auf unserem langen Weg zur Demokratie. Ich bin tief davon überzeugt, dass diese Hindernisse die Demokratisierung Georgiens nicht stoppen können.“ In einem war sich Menagarischwili sicher: „Unabhängig vom Ausgang der Wahl werden sich unsere außenpolitischen Ziele nicht ändern. Wir wollen uns weiter in Richtung Europa bewegen und streben einen Beitritt zu NATO und Europäischer Union an.“ Denn auch in Zukunft entscheide der Präsident über die Außenpolitik.

Doch in den deutschen Medien wurde weiter über das Wahlchaos in Georgien berichtet und der hierzu-lande beliebte Präsident wurde dabei von Kritik nicht ausgespart. Damit hat Eduard Schewardnadse seinen Ruf als Demokrat wohl auch in Deutschland verspielt. Diese unangenehme Botschaft konnte Außenminister Fischer seinem georgischen Amtskollegen „unter vier Augen“ nicht ersparen. Zugleich habe Fischer „seiner Hoffnung Ausdruck verliehen, dass möglichst schnell ein Dialog zwischen Regierung und Opposition zu Stande kommt“, so Menagarischwili. Der Deutsche Amtskollege habe darauf hingewiesen, dass „die Ergebnisse der Wahl eine ernsthafte Bedrohung für das Bild Georgiens in Europa“ darstellten. „Berlin lege Wert auf die freie Meinungsäußerung des Volkes.“

Letztlich scheiterten alle Versuche Schewardnadses, das Offensichtliche herunterzuspielen: Nicht zufällig bezeichnete das Washingtoner State Department am 20. November die vermeintlichen „Unregelmäßigkeiten“ als „massiven Wahlbetrug“. Von daher entspreche das Ergebnis der Parlamentswahl „nicht dem Willen des georgischen Volkes“. Ein durchaus

■ **Letztlich scheiterten alle Versuche Schewardnadses, das Offensichtliche herunterzuspielen: Nicht zufällig bezeichnete das Washingtoner State Department am 20. November die vermeintlichen „Unregelmäßigkeiten“ als „massiven Wahlbetrug“. Von daher entspreche das Ergebnis der Parlamentswahl „nicht dem Willen des georgischen Volkes“.**

ungewöhnlicher Schritt. Denn seit der Unabhängigkeit der ehemaligen Sowjetrepubliken im Jahr 1991 finden in allen Nachfolgestaaten der UdSSR Wahlen statt. Munter versuchen dabei die Machthaber nicht nur in Zentralasien, ihre autoritären Regime durch Scheinwahlen und Referenden zu legitimieren. Zustimmungsqoten von 95 Prozent sind keine Seltenheit. Kritik aus den USA blieb bislang jedoch immer aus. Zuletzt übergang Washington das Ergebnis der Präsidentschaftswahl in Aserbaidschan am 15. Oktober: Dort kritisierte die Oppositionspartei Mussafat unter Führung von Issa Gambar den „Wahlbetrug“.

Gab also diese scharfe Erklärung des amerikanischen Außenministeriums den Demokraten grünes Licht, Schewardnadse anzugreifen? Monierte deshalb der russische Außenminister Igor Iwanow am 25. November, auf Georgien werde Druck von außen ausgeübt? Moskau zeigte sich im Nachhinein empört über diese „Einmischung in die inneren Angelegenheiten“ Georgiens. Allerdings wurden die Vereinigten Staaten dabei namentlich nicht erwähnt.

Am Donnerstag, dem 20. November 2003, wurde das amtliche Endergebnis der Parlamentswahl verkündet. Zu diesem Zeitpunkt war klar, dass Schewardnadse nicht daran dachte, den Forderungen nach Neuwahlen zu entsprechen. Die regierungsnahen Parteien hatten seiner Ansicht nach eine klare Mehrheit: Für ein neues Georgien hatte 21,3 Prozent, die Union für die Wiedergeburt 18,8 Prozent und die Neue Rechte 7,4 Prozent der Stimmen erhalten. Die neue Koalition hätte also mit 47,5 Prozent ohne Weiteres regieren können. Dagegen kam die Opposition, bestehend aus der Nationalen Bewegung (18,08 Prozent), den Laboristen (zwölf Prozent) und dem Wahlblock Burdschanadse-Demokraten (acht Prozent), zusammen nur auf 38,08 Prozent.

Michail Saakaschwili, der seit Anfang November immer neue Protestmärsche angeführt hatte, stimmte daraufhin einem Bündnis mit den Vereinigten Demokraten von Schwania und mit Burdschanadse zu. Die Frage, wer die gemeinsame Opposition führen werde, sollte später entschieden werden. Zuerst wollten die Oppositionsparteien das von Schewardnadse einberufene „illegale Parlament“ sprengen. Dazu vereinbarten Saakaschwili und Schwania, ihre Anhänger aus

■ **Seit der Unabhängigkeit der ehemaligen Sowjetrepubliken im Jahr 1991 finden in allen Nachfolgestaaten der UdSSR Wahlen statt. Munter versuchen dabei die Machthaber nicht nur in Zentralasien, ihre autoritären Regime durch Scheinwahlen und Referenden zu legitimieren. Zustimmungsqoten von 95 Prozent sind keine Seltenheit.**

ganz Georgien nach Tiflis zu holen. Und sie kamen aus allen Himmelsrichtungen in die Hauptstadt. Teilweise waren die Straßen in einer Länge von bis zu fünf Kilometern blockiert.

■ **Das Parlament wird gestürmt – Schewardnadse ruft den Ausnahmestand aus**

■ **Am Samstag, dem 22. November, war der entscheidende Tag X gekommen: Die Krise erreichte ihren vorläufigen Höhepunkt. Auf die wochenlangen Demonstrationen hatte Präsident Schewardnadse unhaltend reagiert. Deshalb griff die Opposition an diesem Tag zu einem drastischeren Mittel: Sie verhinderte, dass die konstituierende Parlamentssitzung stattfinden konnte.**

Am Samstag, dem 22. November, war der entscheidende Tag X gekommen: Die Krise erreichte ihren vorläufigen Höhepunkt. Auf die wochenlangen Demonstrationen hatte Präsident Schewardnadse unhaltend reagiert. Deshalb griff die Opposition an diesem Tag zu einem drastischeren Mittel: Sie verhinderte, dass die konstituierende Parlamentssitzung stattfinden konnte. Ihre neu gewählten Abgeordneten waren gar nicht erst erschienen. Zuvor hatte die Regierung zwar zugegeben, dass es im Verlauf der Wahl zu „Unregelmäßigkeiten“ gekommen war. Neuwahlen hatte Schewardnadse jedoch wiederholt abgelehnt.

Am Nachmittag stürmte die Opposition das Parlamentsgebäude. Die Sicherheitskräfte wurden zur Seite gedrängt. Widerstand leisteten sie nicht. Auch im Parlament fiel kein Schuss. Unter Führung von Michail Saakaschwili brachen die Demonstranten die Türen auf und strömten ins Plenum, mitten hinein in die Eröffnungsrede Präsident Schewardnadses. Während die Opposition die Türen aufstieß, zerrten die vom amerikanischen Secret Service ausgebildeten Personenschützer den 75-Jährigen ins Freie. Im Sitzungssaal selbst kam es zu einem Handgemenge zwischen Demonstranten und regierungstreuen Abgeordneten. Nachdem das Plenum besetzt worden war, öffnete die Menge einen Korridor, damit die noch amtierende Parlamentspräsidentin Nino Burdschanadse, Anführerin des nach ihr benannten Wahlblocks „Burdschanadse-Demokraten“, zum Rednerpult gelangen konnte.

Da weder ihr Wahlbündnis noch die Nationale Bewegung unter Führung Saakaschwilis den Wahlausgang anerkannt hatten, hatten ihre neugewählten Abgeordneten die konstituierende Parlamentssitzung boykottiert, so dass Schewardnadse vor einem nur halb gefüllten Raum zu sprechen begonnen hatte. Burdschanadse wörtlich: „Präsident Schewardnadse

ist dafür verantwortlich, dass sich Georgien jetzt in dieser Krise befindet. Er muss die Konsequenzen tragen. Da Schewardnadse unfähig ist, übernehme ich die Machtbefugnisse des Präsidenten.“ Weiter sagte die Juristin und zweifache Mutter: „Das georgische Volk wird dieses Joch und dieses Verbrechen nicht zulassen.“ Michail Saakaschwili ging noch weiter und forderte den Rücktritt des Präsidenten. Außerdem sprach er sich dafür aus, dass Nino Burdschanadse das Präsidentenamt interimistisch übernehmen sollte. Unmittelbar nach der Erstürmung des Parlaments hatte der Oppositionspolitiker in die aufgebrachte Menge gerufen: „Wir machen eine sanfte Revolution.“ Sein Sprecher, der in Georgien bekannte Filmregisseur Eldar Schengelaja, sprach gar von einer „Revolution der Rosen“. Bei der Erstürmung des Parlaments und auch auf den Straßen der Hauptstadt hatten die Demonstranten stets langstielige rote Rosen mit sich getragen.

Auch Parlamentspräsidentin Burdschanadse betonte: „Mit Gottes Hilfe ist unsere sanfte Revolution ohne Blutvergießen verlaufen. Niemand hat in Georgien geglaubt, dass das Volk die Beleidigung von Eduard Schewardnadse widerstandslos hinnehmen würde.“ Wohl nur der altersstarke Präsident konnte dieser Meinung sein. Selbst Patriarch Ilja II. stellte sich auf die Seite der Opposition: Erstmals nahm er nicht an der konstituierenden Parlamentsitzung teil und verzichtete so darauf, die neuen Parlamentarier und ihre Arbeit zu segnen. Die in Tiflis akkreditierten ausländischen Diplomaten waren der Sitzung ebenfalls fern geblieben.

Der aus dem Gebäude geflohene Präsident sprach draußen zur Menge. Schewardnadse erklärte, er werde sich von der Straße nicht zum Rücktritt zwingen lassen. „Ich werde erst dann abtreten, wenn meine Amtszeit vorüber ist.“ Als ihn die Menschen daraufhin auspiffen, rief er den Ausnahmezustand aus und erklärte die Erstürmung des Parlaments kurzerhand zum Staatsstreich. Was die Demonstranten nicht sehen konnten, übertrugen die Fernsehkameras weltweit live in die Wohnzimmer: In einer Nebenstraße sammelten sich Männer mit übergezogenen schwarzen Masken. Dabei handelte es sich um eine Sondereinheit des Innenministeriums, spezialisiert auf den Anti-Terror-Kampf. Diese bewaffneten Ein-

■ **Unmittelbar nach der Erstürmung des Parlaments hatte Saakaschwili in die aufgebrachte Menge gerufen: „Wir machen eine sanfte Revolution.“ Sein Sprecher, der in Georgien bekannte Filmregisseur Eldar Schengelaja, sprach gar von einer „Revolution der Rosen“.**

heiten hätten jederzeit das Parlamentsgebäude „befreien“ können. Die Regierung verzichtete jedoch auf diese Kraftprobe, da sie sich der Loyalität der Männer nicht sicher sein konnte. Selbst der georgische Verteidigungsminister Dawid Tewsadse stellte klar, der Ausnahmezustand habe nicht zur Folge, „dass die Armee auf die Straße gehen und für Ordnung sorgen wird“. Nicht ohne Grund dankten die Oppositionspolitiker vor allem den Sicherheitskräften für ihre Besonnenheit. „Ich danke den Polizisten herzlich dafür, dass sie keine Waffen gegen das unbewaffnete Volk eingesetzt haben“, erklärte Surab Schwania. Zugleich forderte er die Sicherheitskräfte auf, sich „weiterhin um die Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung zu kümmern“.

Das hielt die Oppositionsführer jedoch nicht davon ab, sich auf allen Fernsehkanälen an die Bevölkerung zu wenden und um weitere Unterstützung zu bitten. Schwania appellierte an die Menschen, zum Parlamentsgebäude zu kommen: „Je mehr Leute sich hier versammeln, umso größer ist die Chance, dass die Regierung nicht angreift.“ Und tatsächlich: Tausende Georgier folgten diesem Ruf und strömten auf den Platz der Freiheit.

Dass die Opposition handeln und den Wahlbetrug nicht hinnehmen würde, überrascht Kenner der innenpolitischen Lage Georgiens nicht. Vielmehr haben sie erwartet, dass die Opposition einschreiten und ein „Weiter so“ der neuen-alten korrupten Führung verhindern werde. Die Veröffentlichung der „offiziellen Wahlergebnisse“ war für sie das letzte Signal dafür, dass Schewardnadse nicht einlenken würde, die Zeit also gekommen war, um auch nach draußen ein klares Zeichen zu setzen. Bereits seit Anfang November demonstrierten die Anhänger und Wähler der Oppositionsparteien auf dem Platz der Freiheit gegen die Wahlfälschungen. An diesem symbolischen Ort war am 9. April 1989 eine friedliche Demonstration der Georgier für Freiheit und Demokratie von sowjetischen Fallschirmjägern niedergemetzelt worden. Die Soldaten unter Führung von Oberst Alexander Lebed töteten eigenhändig vierzig Demonstranten mit ihren Spaten. Diese Bluttat führte direkt zum Sturz des kommunistischen Regimes in Georgien. Auch am 21. Dezember 1991 begann hier der bewaffnete Aufstand gegen den ersten frei ge-

■ **Dass die Opposition handeln und den Wahlbetrug nicht hinnehmen würde, überrascht Kenner der innenpolitischen Lage Georgiens nicht. Vielmehr haben sie erwartet, dass die Opposition einschreiten und ein „Weiter so“ der neuen-alten korrupten Führung verhindern werde.**

wählten Präsidenten Georgiens, Swiad Gamsachur-dia, der sich im Amt als Diktator entpuppt hatte. Wartete das gleiche Schicksal jetzt auf Eduard Schewardnadse?

Zunächst hatte die am späten Samstagabend bekannt gewordene Nachricht für Unruhe gesorgt, der russische Präsident Wladimir Putin habe seinen Außenminister Igor Iwanow nach Tiflis entsandt. Der Vorsitzende der Partei Vereinigte Demokraten, Surab Schwania, beruhigte die Menge jedoch: Es sei ein gutes Zeichen, „dass Putin uns Igor und nicht Verteidigungsminister Sergej Iwanow schickt“.

Präsident Putin hatte seinem Amtskollegen Schewardnadse die Unterstützung Russlands schon eine Woche zuvor zugesagt. Nachdem sich der Sturm auf seinen Amtssitz anbahnte, kam Schewardnadse auf dieses Angebot zurück und bat Putin um Hilfe. Daraufhin wurde Außenminister Igor Iwanow nach Tiflis geschickt. Schewardnadse musste zu diesem Zeitpunkt klar sein, dass Putin keinen Befehl geben würde, Truppen nach Georgien zu entsenden bzw. die bereits in der Kaukasusrepublik stationierten russischen Soldaten gegen die Demonstranten einzusetzen. Dazu bemühte sich der Kreml derzeit zu sehr darum, auf dem internationalen Parkett als „Friedensstifter“ zu glänzen, insbesondere nach dem Angriff der USA und ihrer Alliierten auf den Irak. Im Übrigen hätten es die russischen Truppen mit der georgischen Armee und den Sicherheitsdiensten zu tun bekommen, wären sie auf dem Platz der Freiheit aufgetaucht.

■ **Sonntag, 23. November: Schewardnadse wird zum Rücktritt gezwungen**

Auch am Sonntag, dem 23. November, ging der Protest weiter: In allen Städten des Landes fanden Solidaritätskundgebungen statt. Unterdessen hatten die Demonstranten die staatlichen Fernsehsender besetzt, so dass jetzt live auf allen Kanälen über die Ereignisse auf dem Platz der Freiheit berichtet werden konnte. Nur das regionale Fernsehen Adschariens zeigte Naturfilme. Unabhängige Sender kann man dort überhaupt nicht empfangen.

Unermüdlich pendelte Außenminister Iwanow den ganzen Sonntag über zwischen den Konfliktpar-

■ **Präsident Putin hatte seinem Amtskollegen Schewardnadse die Unterstützung Russlands schon eine Woche zuvor zugesagt. Nachdem sich der Sturm auf seinen Amtssitz anbahnte, kam Schewardnadse auf dieses Angebot zurück und bat Putin um Hilfe.**

■ **Letztlich endete der 23. November in einem einziges großes Volksfest, nicht zuletzt deshalb, weil der Sieg der Demokratie auf den georgischen Nationalfeiertag „Georgoba“ fiel. Die Menschen tanzten auf den Straßen und lagen sich in den Armen. Ungehört verhalte das Ultimatum des noch amtierenden Präsident an die Opposition, umgehend den Platz der Freiheit vor dem Parlamentsgebäude zu räumen.**

teien hin und her und bemühte sich um eine friedliche Lösung: „Ihr seid die reale Macht in Georgien“, ermutigte der russische Chefdiplomat die Oppositionspolitiker. Zugleich bekräftigte er, dass „Moskau keine Streitkräfte nach Georgien“ schicken werde. Letztlich endete dieser Sonntag in einem einziges großes Volksfest, nicht zuletzt deshalb, weil der Sieg der Demokratie auf den georgischen Nationalfeiertag „Georgoba“ fiel. Die Menschen tanzten auf den Straßen und lagen sich in den Armen. Ungehört verhalte das Ultimatum des noch amtierenden Präsident an die Opposition, umgehend den Platz der Freiheit vor dem Parlamentsgebäude zu räumen. Stattdessen verhafteten Soldaten auf Geheiß des Militärstaatsanwalts Gia Dschakeli Mitarbeiter des Innenministeriums, die große Mengen Tränengas, „Tscherömucha“, nach Tiflis hinein schleusen wollten, um es gegen die Demonstranten einzusetzen.

Am späten Sonntagabend war es dann die Opposition, die Schewardnadse ihrerseits ein Ultimatum stellte: Entweder der Präsident tritt zurück oder die Demonstranten würden ihn aus seiner Residenz jagen. Zum Sturm auf den Wohnsitz des Staatsoberhauptes ist es aber nicht mehr gekommen: Schewardnadse lenkte ein und empfing zwei Vertreter der Opposition. Nach der Begrüßung verließ Russlands Außenminister Iwanow den Raum. Unumwunden erklärte sich der Präsident bereit, „die Forderungen des Volkes“ zu akzeptieren. Daraufhin nannten ihn die Führer der Opposition, Michail Saakaschwili und Surab Schwania, „einen mutigen Menschen“ und betonten: „Wir haben es zu schätzen, dass Schewardnadse im Interesse Georgiens kein Blut vergossen hat, um im Amt zu bleiben.“ Weiter sagte der Vorsitzende der Vereinigten Demokraten, Schwania, während des Rücktrittsgesprächs habe Schewardnadse mitgeteilt, dass er in seiner Heimat bleiben, also nicht aus dem Lande fliehen wolle. „Wir haben ihm keine Bedingungen gestellt, sondern mit ihm über die Zukunft Georgiens gesprochen. Er war wie wir alle erregt, aber es ist alles sehr gut gegangen“, sagte Schwania. Schewardnadse hege keine Rachegefühle. Vielmehr werde er „seine Erfahrungen an das georgische Volk und die nächste Regierung weitergeben“. Damit sei die „friedliche Rosenrevolution in Georgien erfolgreich zu Ende gegangen“.

„Ich gehe nach Hause.“ Danach verließ Ex-Präsident Eduard Schewardnadse die Residenz. Mit seinem Rücktritt ging nicht nur ein langes Wochenende in Tiflis zu Ende, sondern zunächst auch eine politische Dauerkrise, die Georgien seit über zwei Jahren politisch lähmte.

■ **Schewardnadse bleibt in Georgien**

Nachdem die Bundesregierung ihre Bereitschaft erklärt hatte, dem gestürzten Präsidenten, einem Freund Deutschlands, Asyl zu gewähren, griff auch die Presse das Thema auf. „Schewardnadse ist nach Deutschland angekommen,“ tickerten am Montag, dem 24. November, selbst renommierte Presseagenturen. Zurück gingen die Meldungen angeblich auf einen „Mitarbeiter des Bundesgrenzschutzes“. Einzelheiten würden folgen. Danach war ein Flugzeug aus Moskau kommend in Baden-Baden gelandet, der Stadt also, in der der frühere Präsident eine große Villa erworben haben sollte. Nur, Schewardnadse war nicht an Bord. Wenig später mussten sich die Agenturen selbst dementieren. Kein Einzelfall, denn schon am Sonntagabend hatte das georgische Fernsehen berichtet, die Präsidentenmaschine warte startklar auf den alten Staatsmann. Heftig wurde spekuliert, wann Schewardnadse denn nun seine Heimat verlassen werde. Dabei verhandelte der Präsident zu diesem Zeitpunkt noch in seiner Residenz über die Bedingungen für seinen Rücktritt.

„Eduard Schewardnadse hat das Land nach seinem Rücktritt nicht verlassen“, versicherte der langjährige Botschafter Georgiens in Deutschland, Konstantin Gabaschwili. „Er ist in Tiflis bei sich zu Hause.“ Auch von den Sicherheitskräften in Tiflis war zu hören, das frühere Staatsoberhaupt lasse nur die engsten Familienangehörigen zu sich. Sonst wolle er niemanden sehen. Gabaschwili sagte weiter: „Ich glaube nicht, dass Schewardnadse eine Villa für elf Millionen Euro in Baden-Baden gekauft hat. Er persönlich besitzt nicht so viel Geld.“

Alle, die mit den näheren Umständen des Rücktritts von Eduard Schewardnadse vertraut sind, zeigten sich von den Meldungen über vermeintliche Ausreisepäne des Ex-Präsidenten überrascht. Denn während der Rücktrittsverhandlungen mit den Op-

■ **Nachdem die Bundesregierung ihre Bereitschaft erklärt hatte, dem gestürzten Präsidenten, einem Freund Deutschlands, Asyl zu gewähren, griff auch die Presse das Thema auf. „Schewardnadse ist nach Deutschland angekommen,“ tickerten am Montag, dem 24. November, selbst renommierte Presseagenturen. Wenig später mussten sich die Agenturen selbst dementieren.**

positionsführern Michail Saakaschwili und Surab Schwania hatte er ausdrücklich darum gebeten, in seiner georgischen Heimat bleiben zu dürfen. „Schewardnadse hat uns gesagt, dass er sich nicht vorstellen kann, außerhalb Georgiens zu leben“, betonte der Vorsitzende der Partei Vereinigte Demokraten, Schwania. „Er wollte das Land unter keinen Umständen verlassen.“

Unterdessen legen Saakaschwili und Schwania großen Wert darauf, dass der zweite georgische Präsident letztlich in Würde auf sein Amt verzichtet hat. Nicht ohne Grund, denn Schewardnadses Vorgänger, Swiad Gamsachurdia, musste am Neujahrstag 1992 mit Waffengewalt aus Tiflis verjagt werden. Für einen vom Volk vertriebenen Präsidenten errichten die geschichtsbewussten Kaukasier jedoch kein Denkmal. Genau diese Option wollen sich die neuen Machthaber wie auch der 75-jährige Ex-Präsident jedoch offen halten. So hatte sich der vormalige sowjetische Außenminister bereits unmittelbar vor seiner Amtsübernahme vor acht Jahren zuversichtlich gezeigt, dass „die Bürger Georgiens meine Rolle in unserer Geschichte am Ende richtig einschätzen werden“. Er selbst hat das Seine getan, um volkstümlich zu erscheinen: Vor der Präsidentschaftswahl 1995 ließ sich der ehemalige Kommunist und Atheist medienwirksam auf den Namen Georgij, also auf den Schutzpatron der Georgier, taufen. Ironie des Schicksals: Ausgerechnet an seinem Namenstag, dem Tag des Heiligen Georgij, der am 23. November gefeiert wird, musste Schewardnadse zurücktreten.

■ Laut Verfassung (Art. 76.3) müssen nach dem Rücktritt des Staatsoberhauptes binnen 45 Tagen Präsidentschaftswahlen stattfinden. Bis dahin hat Parlamentspräsidentin Nino Burdschanadse interimistisch die Regierungsgeschäfte übernommen. Nach langen Geheimverhandlungen einigten sich die Revolutionsführer schließlich am 26. November auf die personelle Konstellation, mit der sie in den Wahlkampf gehen wollen.

■ „Es gibt ein Recht auf Widerstand“

Laut Verfassung (Art. 76.3) müssen nach dem Rücktritt des Staatsoberhauptes binnen 45 Tagen Präsidentschaftswahlen stattfinden. Bis dahin hat Parlamentspräsidentin Nino Burdschanadse interimistisch die Regierungsgeschäfte übernommen. Nach langen Geheimverhandlungen einigten sich die Revolutionsführer schließlich am 26. November auf die personelle Konstellation, mit der sie in den Wahlkampf gehen wollen. Michail Saakaschwili wird als gemeinsamer Vertreter von Nationaler Bewegung und Vereinigten Demokraten für das Präsidentenamt kandidieren, während Nino Burdschanadse als Par-

lamentspräsidentin vorgesehen ist und Surab Schwanina neuer Staatsminister (Ministerpräsident) werden soll.

Einen Tag vorher, am 25. November, hatte das Oberste Gericht Georgiens unter seinem Vorsitzenden Richter Professor Lado Chanturia die Ergebnisse der Parteilistenkomponente der Parlamentswahl für ungültig erklärt. Die Direktwahlen, der andere Teil des Urnengangs, waren nicht angefochten worden, ihre Ergebnisse blieben somit gültig. Warum hatte sich das Oberste Gericht so lange Zeit gelassen? Chanturia dazu in einem Gespräch mit dem Autor: „Das Gericht hatte keine Möglichkeit, die Wahlergebnisse früher zu diskutieren, da die Zentrale Wahlkommission das amtliche Endergebnis erst am 20. November verkündet hat.“ Erst danach, konkret am 22. November, seien beim Obersten Gericht die ersten Klagen von verschiedenen politischen Parteien und Nicht-Regierungsorganisationen eingegangen. „Daraufhin haben wir in einem Eilverfahren in erster Instanz einstimmig ein Urteil herbeigeführt. Uns lagen 2000 Seiten mit konkreten Beweisen für Wahlfälschungen vor.“

Der Oberste Richter ist sich sicher, dass die überraschende Machtübernahme seitens der Opposition „keine Rolle für die Entscheidung des Gerichts“ gespielt habe. „Unser Gericht ist unabhängig“, unterstrich Professor Chanturia, der sich als Stipendiat der Alexander-von-Humboldt-Stiftung auch öfters in Deutschland aufhält. Auf die Frage, ob die Abgeordneten der Oppositionsparteien die konstituierende Parlamentssitzung am 22. November gesprengt hätten, antwortet der Oberste Richter nicht ohne juristisches Geschick: Erst nach dem Bericht des Vorsitzenden der Zentralen Wahlkommission und nachdem die Abgeordneten ihr Mandat offiziell angenommen hätten, habe die konstituierende Parlamentssitzung beginnen können. Vorher habe es sich nur um eine „Versammlung“ gehandelt. Folglich sei Präsident Schewardnadse während seiner Begrüßungsrede vor einer Versammlung unterbrochen worden, um das neue Parlament habe es sich dabei noch nicht gehandelt. „Denn die Befugnisse der neu gewählten Abgeordneten waren von der Volksvertretung noch nicht bestätigt.“ Die Frage, ob die Abgeordneten und ihre Anhänger unter Führung der Parlamentspräsidentin

■ **Einen Tag vorher, am 25. November, hatte das Oberste Gericht Georgiens unter seinem Vorsitzenden Richter Professor Lado Chanturia die Ergebnisse der Parteilistenkomponente der Parlamentswahl für ungültig erklärt. Die Direktwahlen, der andere Teil des Urnengangs, waren nicht angefochten worden, ihre Ergebnisse blieben somit gültig. Warum hatte sich das Oberste Gericht so lange Zeit gelassen?**

das Gebäude überhaupt hätten „besetzen“ dürfen, beantwortete der Richter nicht. Schließlich müsse er sich seine Unbefangenheit mit Blick auf mögliche Klagen bewahren. „Aber es gibt ein Recht auf Widerstand. Das wird überall anerkannt, denn es ist ein Grundrecht, ein natürliches Recht.“